

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. Einzelne Nummern kosten 1 Mk. Zeit- und Versammlungsinserate kosten pro Zeile 25 Pf. Geschäftsinserate werden nicht aufgenommen.

Glück X Auf!

Verantwortlich für die Redaktion: Theob. Wagner; Druck: G. Handmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands; sämtlich in Bochum, Wilmannsstraße 88-82; Telefon-Nr.: 98 und 80; Telegramm-Adresse: Mittelverband Bochum.

Moralische Verhöhnung.

Der Verband muß Ersatz für die Kontraktbruchstrafe leisten, so lesen wir seit Monaten fast unausgesetzt im „Bergknappen“. Auch in seiner Nr. 23 vom 8. Juni spinnt er diesen Faden weiter, indem er u. a. schreibt:

„Das wütende Geschimpfe auf den Gewerkverein kann über die Tatsache, daß der sozialdemokratische Verband Ersatz für die Kontraktbruchstrafe leisten muß, nicht hinweghelfen.“

Das schreibt das Organ des Streikbruchgewerkschafts, der noch nie Ersatz für Kontraktbruchstrafe geleistet hat.

Aus Anlaß des Streiks am Biesberg 1898 wurde den Streikenden der Lohn für sechs Schichten abgehalten wegen Kontraktbruch. Der Streikbruchgewerkschaft hat aber dafür keinen Ersatz geleistet, hat im Gegenteil nicht einmal regelmäßige Streikunterstützungen ausbezahlt können, weil der Stassenbestand nur etwa 12 000 Mk. betrug. Die Verhältnisse lagen damals am Biesberge so, wie diesmal im Ruhrgebiet. Schrieb doch selbst der „Bergknappe“ (Nr. 10 vom 15. Mai 1898):

„Man setzt alle Hebel in Bewegung, um die Arbeiter einzuschüchtern und mutlos zu machen, um sie zur Unterwerfung und Wiederannahme der Arbeit zu bewegen. Da wird in der dem Kapital beige, dem Georgs-Marlen-Bergwerks- und Hüttenverein blindlings ergebenen Presse berichtet, es seien fremde Arbeiter angekommen oder unterwegs, um am Biesberg und der Gütte zu arbeiten. Auch wird versucht, den Ausstand als eine sogenannten weissen-ukrainische Wahlmanie zu bezeichnen. Schließlich werden die Arbeiter noch aus den Werkswohnungen getrieben, wobei ihnen noch ein Wodentoln für den angeblich begangenen Kontraktbruch einbehalten wird.... Man hatte es seitens des Wertes so eilig (ebenfalls wegen der konstatierten „Vorfälle des Bergwerksleiters“), den Wodentoln wegen Kontraktbruch schon bei der nächsten Wohnung vom Verdienste für den Monat März abzuhalten, wofür man noch erst berechtigt war, vom Aprillohn den Abzug zu machen.“

So ist man am Biesberg mit den mehr als 1500 Arbeitern umgesprungen, weil sie es gewagt hatten, nicht um Lohnverhöhung, sondern um Befreiung ihrer katholischen Feiertage in den Streik zu treten. Obwohl die Verhältnisse rechtlich genau so lagen, wie diesmal im Ruhrgebiet, hat der Gewerkverein die Kontraktbruchstrafe nicht erhebt.

Auch in keinem anderen Falle hat der Streikbruchgewerkschaft die Kontraktbruchstrafe erhebt. So wurde nach dem Streik von 1905 den Arbeitern ebenfalls vielfach Kontraktbruchstrafe abgehalten. Der Gewerkverein hat dieselbe aber in keinem einzigen Falle erhebt. Als auf den Stinneszwecken durch Anschlag bekannt gegeben wurde, daß der wegen Kontraktbruch einbehaltenen Lohn für drei Schichten an diejenigen zurückgezahlt würde, die ein Gesuch einreichten und angaben, warum sie gestreikt hätten, schrieb dazu der „Bergknappe“ (Nr. 8 vom 25. Februar 1907):

„Herr Stinnes hat noch eine andere „Wohltat“ für die Bergleute bekanntgeben lassen. Er will auch die drei eingehaltenen Schichten zurückzahlen. Jeder muß aber einzeln darum nachsuchen und dabei bemerken, weshalb er gestreikt hat.“

Anschließend gibt der „Bergknappe“ dann eine Notiz der ultrantontanen „Eisener Volksztg.“ über dieses Vorgehen zumühmend wieder, worin es u. a. heißt:

„Die Bergleute der Zeche Carolus würden mit denselben Rechte einen Anschlag anbieten können mit dem Inhalt: Warum sind uns seit Jahren geringe Löhne gezahlt worden? Warum hat man uns nicht so human behandelt, wie es wünschenswert war? Warum hat man uns so viele Wagen genutt? Warum hat man uns keine Arbeiterausweise wälhen lassen und dieselben anerkannt? Warum hat man so häufig Strafen verhängt? Auf den recht läppischen Anschlag der Verwaltung würde man dann in den genannten vernünftigen Fragen die einzige richtige Antwort geben.“

In diese Ausführungen anschließend bemerkte der „Bergknappe“:

„Es scheint uns fast, als ob Herr Stinnes noch mehr nach „Populartät“ hasche. Jeder Bergmann will gern die drei einbehaltenen Schichten zurückerstattet haben; warum denn erst dieses benützigende Zwangsverhör?“

Unter obigen Bedingungen stellten die Stinneszwecken außerdem auch noch Unterstützungen in Aussicht. Dazu bemerkte der „Bergknappe“ in der gleichen Nummer:

„Jeder, der an der Unterstützung teilhaben will, muß sich beim Betriebsführer melden. Die Bergleute wissen, was das zu bedeuten hat. Sie werden dann zunächst gefragt: Weshalb haben Sie denn eigentlich gestreikt? Wer im Betriebswesen des Bergbaues bekannt ist, der kennt auch das Abhängigkeitsverhältnis eines Bergmanns dem Betriebsführer gegenüber. Wird nun dem Bergmann die Frage gestellt, ob beschweren den armen Kerl ganz eigenartige Gefühle. Sein Gedankengang ist dann wohl folgender: Sage ich, ich hätte gestreikt, um bessere Verhältnisse zu erlangen, so fragt der Betriebsführer: Was haben Sie denn an unserer Bode auszufehen? Frage ich dann über Mithstände, so bekomme ich vielleicht nicht einmal Unterstützung, schlechtere Arbeit oder gar die Kündigung. Durch diese Gedanken beeinflusst, wird der Bergmann dann antworten: Ich habe gestreikt, weil alle streikten, aber: Ich war bangs, zur Zeche zu gehen. Fügt nun der Betriebsführer noch hinzu: Haben Sie denn Beschwerden über unsere Verwaltung? so wird mancher gedünstigte Bergmann antworten: Nein! Dieses würde alles in dem Gedanken geschehen: „Sollte man mich glücklich weg und behalte wenigstens meine Arbeit.“ Sollte man nun, und dieses ist nicht ausgeschlossen, über diese Zwangsverhöre noch eine Niederschrift machen, so könnte man den Geheimnissen auf ihren Kängeln eine Menge Material zu ihren Vergeblichkeiten geben, an welchem mancher dieser Herren große Freude haben würde. Es wäre dieses ein Geschäft, welches noch was einbringen könnte, wenn der Minister Müller nur „Ziel“ gewährt mit der Einbringung des Berggesetzes.“

So schrieb der „Bergknappe“ am 25. Februar 1905. Am 27. April 1912 aber erließ der Vorstand des Streikbruchgewerks-

vereins im „Bergknappen“ einen Aufruf, worin es unter anderem heißt:

„Zwecks Zurückerstattung der Kontraktbruchstrafe werden unsere Mitglieder und diejenigen Vergleute, denen es mangelt genügenden Schutzes oder aus anderen zureichenden Gründen unmöglich gewesen ist, zur Arbeit zu gehen, aufgefordert, sich bieserbald unverzüglich bei ihrer Beherrschung zu melden.“

Sier werden die Vergleute aufgefordert, sich zu den Zwangsverhören zu melden, die oben in so lebendiger Weise geschildert werden, d. h. etwas zu tun, was 1905 vom „Bergknappen“ in der schärfsten Form beurteilt wurde.

Die Zwangsverhöre sind denn auch diesmal genau so verlaufen, wie es der „Bergknappe“ oben schildert. Auf die Frage der Betriebsführer, warum sie gestreikt hätten, erfolgte die Antwort: „Ich war bange, zur Zeche zu gehen!“ Auf die weitere Frage, warum sie so bange wären, zur Zeche zu gehen, wurden dann Angaben gemacht, die der Streikjustiz Tausende Opfer ans Messer lieferten. Alle diese Opfer kommen auf das Schuldkonto der Streikbruchführer, welche die Bergarbeiter auf-forderten, sich zu den geschilderten Zwangsverhören zu stellen, obwohl ihnen nach den obigen Darlegungen des „Bergknappen“ bekannt war, welche Folgen das haben mußte und welcher Wert den gewinnmachen erpressten Angaben über Verletzungen usw. be-zumessen ist. Bewußt und mit Ueberlegung haben die Streikbruchführer dann Tausende braver Bergarbeiter und ihre Familien-angehörigen ins Angliak gestürzt. So weit geht die moralische Verhöhnung!

Der Streikbruchgewerkschaft hat 1905 die Kontraktbruchstrafe nicht erhebt. Er war nicht einmal in der Lage, aus eigenen Mitteln Streikunterstützung an seine Mitglieder zu zahlen. Hunderttausende hat der Verband hergeben zur Unterstützung der Mitglieder des Streikbruchgewerkschafts. Zum Dank dafür hat man jetzt Streikbruch verübt und den Bergarbeitern den sonst sicheren Erfolg aus der Hand geschlagen, Tausende der Streik-justiz ans Messer geliefert.

Auch bei den vorjährigen Streiks in Weggen und in Drenze (Vothringen) hat der Gewerkverein keine Kontraktbruchstrafe er-kebt; bei dem Streik auf den Saar- und Moselgruben, Schacht Merlenbach, 1908, hat er nicht einmal die versprochene Streik-unterstützung gezahlt.

Unter Verband hat im Gegensatz hierzu stets die Unter-stützungen an seine Mitglieder gezahlt, wozu er nach dem Statut und den gefassten Beschlüssen verpflichtet war. Das geschah auch bei dem diesmaligen Streik. § 18 unseres Streikreglements lautet u. a.:

„Bei regelrechten Streiks beginnt die Streikunterstützung vom siebenten Arbeitstage nach Ausbruch des Streiks bzw. nach der Schicht, für welche der letzte Lohn gezahlt wurde.“

Entsprechend dieser Bestimmung mußte die Frist für die-jeiligen, denen die Kontraktbruchstrafe abgehalten worden war, um sechs Schichten zurückgezahlt werden. Dementsprechend ist der Verband verfahren und hat denjenigen, denen die Kontraktbruchstrafe abgehalten worden war, die Streikunterstützung für 1 1/2 Wochen, den anderen entsprechend weniger, gezahlt. Die Unterstützungen sind also nach dem Statut an alle Mitglieder gleichmäßig gezahlt worden. Und wenn sich einzelne darüber beklagten, daß sie nicht genug erhalten hätten, so ist das eine Erscheinung, die sich im Lager des Gewerkvereins in noch stärkerem Maße zeigt.

Wie würde aber der Gewerkverein im gleichen Falle verfahren haben? Warum wurde in Merlenbach 1908 die versprochene Streikunterstützung nicht gezahlt? Warum wurde dagegen in Weggen weit mehr gezahlt, als nach dem Statut zulässig war? Warum hat der Gewerkverein bisher noch in keinem Falle die Kontraktbruchstrafe erhebt? Warum verlangt der „Bergknappe“ trotzdem vom Verband, daß er die Kontraktbruchstrafe erheben soll? Warum erörtert er gleich uns nicht die viel näher liegende Frage, ob die Kontraktbruchstrafe zu Recht abgehalten wurde?

Sehr oft hat auch der „Bergknappe“ betont, daß von einem freien Vertragsrecht, wie es dem Gesetz entspricht, im Bergbau nicht die Rede sein kann. So schrieb er in Nr. 38 vom 23. September 1905:

„Unsere Grubenkapitalisten wollen also auch in Zukunft von einer Anerkennung der Arbeiterorganisation nichts wissen. Nur gezwungen werden sie zurückweichen und uns Arbeiter als gleich-berrechtigt anerkennen. Wir werden früher oder später durch die Arbeitgeber wiederum gezwungen werden, für unser Recht zu kämpfen.“

Nach dem Wortlaut des Gesetzes gilt der Arbeiter beim Ver-tragsabschluss als gleichberechtigt. Der „Bergknappe“ konstatiert aber hier, daß der Arbeiter entgegen dem Wortlaut des Ge-setzes, nicht als gleichberechtigt anerkannt wird. Noch schärfer bräuchte der „Bergknappe“ das zum Ausdruck in Nr. 47 vom 25. November 1905. Dort heißt es:

„Der schlechte Ausfall des Berggesetzes, die nach dem Streik verhängte Sperre, das Abkommen betreffend Ueberweisungsämte und die dem Sinne des Berggesetzes gegebene hohnsprechende neue Arbeitsordnung haben eine berechtigige Mithstimmung und Erregung bei den Vergleuten geschaffen.“

Die dem Sinne des schlechten Berggesetzes noch geradezu hohnsprechende Arbeitsordnung, die den Bergarbeiter 1905 auf-gezwungen wurde, besteht auch heute noch. Eine Arbeitsordnung, die, wie der „Bergknappe“ schreibt, dem Sinne des Gesetzes hohn-spricht, besteht aber nicht zu Recht. Die auf Grund dieser nicht zu Recht bestehenden Arbeitsordnung abgehaltene Kontraktbruch-strafe würde daher zu Unrecht abgehalten. Warum mündet sich der „Bergknappe“, da nicht an die Grubenherren, statt von uns zu verlangen, die zu Unrecht abgehaltene Kontraktbruchstrafe zu erheben? Läßt das die moralische Verhöhnung nicht zu?

Ein Sieg des Opfermutes.

Im fernen Osten des asiatischen Rußland haben Bergarbeiter nach monatelangen, opferreichen Kämpfen einen Sieg über das Grubenkapital errungen. Die Arbeiter der Goldbergwerke am Lena sind es, die, rund 8000 Mann stark, gegen Mitte März in den Streik getreten waren. Der Ausstand selbst wie auch seine Begleiterscheinungen drängen zu einer näheren Betrachtung; mehr aber noch zu einem Vergleich mit den Erscheinungen beim letzten großen Ruhrstreik.

Die Ursache des Arbeiterkampfes in der sibirischen Taiga waren schlechte Behandlung, willkürliche Lohnfestsetzung und Lieferung schlechter Lebensmittel durch die Verwaltung. Die Lenagoldgesellschaft hat in jenem Gebiet alle wirtschaftliche Macht in ihren Händen und übte sie ihren Arbeitern gegenüber rick-sichtslos aus. Sie setzte die Arbeitsbedingungen und den Lohn nach eigenem Ermessen fest — die Arbeiter hatten nichts hnein-zureden. Auch sonst wurden sie wie Leibeigene behandelt, mußten in Werkswohnungen hausen und ihre Lebensmittel und ihre Wirtschaftsgegenstände bei der Gesellschaft kaufen. Die rick-sichtslose Anwendung der Machtmittel erzeugte unter den Ar-beitern begrifflicher Weise Unzufriedenheit, die sich am 18. März in einem Teilsstreik äußerte, der 900 Arbeiter umfaßte. Die Aus-ständigen verlangten Abstellung der Mithstände und eine Lohn-erhöhung. Bei etwas gutem Willen wäre eine Befriedigung des Streiks leicht gewesen. Die Hauptverwaltung in Petersburg lehnte jedoch die Forderungen der Arbeiter schroff ab, nicht ein-mal zu einer Prüfung derselben war sie zu bewegen. Vielmehr drohte sie, durch Mißtärgewalt den Ausstand zu unterdrücken. Die Provokation wirkte — am 17. März beschloß sich der Streik auf sämtliche Betriebe der Gesellschaft aus. Statt nun ein-zulassen, drohte die Verwaltung mit Ermittlung aus den Werkswohnungen und mit Stilllegung der Gruben. Die Arbeiter blieben fest; nun kamen aber die Behörden den Werksherren zu Hilfe. Militär wurde herbeigezogen, dessen Befehlshaber in der schärfsten Weise die Zügel ausübte. Die Generaldirektion erklärte, daß sie alle Arbeiter wieder einstellen wolle, wenn sie bis zum 1. April bedingungslos zur Arbeit zurückkehrten. Die Arbeiter lehnten das ab, sie beharrten auf ihren Forderungen. So kam denn das fürchterliche Blutbad, das die Soldateska am 17. April unter den streikenden Vergleuten anrichtete. 270 Tote und 250 Verwundete fielen unter den Säbeln russischer Militär-gehwäre. Unanglick, im japanischen Kriege den äußeren Feind zu überwinden, waren hier die Farenknechte tapfer genug zur Niederschlagung des „inneren Feindes“, unbewaffneter Arbeiter!

Dem Grubenkapital ist aus dem vergossenen Blut kein Regen erwachsen. Seine Hoffnung, die Widerstandskraft der Strei-kenden durch den Mord zu schwächen, hat sich nicht erfüllt. Das gerade Gegenteil trat ein — das schändliche Verbrechen ent-fesselte einen Proteststurm der Arbeiter im weiten Rußland, der die streikenden Vergleute zum energischen Aushalten in ihrem Kampfe anfeuerte. Die Lenawerker traten sofort zum Zeichen ihres Protestes in einen zweitägigen Streik. Am 22. April legten in Kiew 1000 Mann der Eisenbahnwerkstätten die Arbeit nieder und am 23. April ruhten zum Teil die Fa-briken in Nikolajew und Charkow. Die Buchdrucker von Kiew verweigerten am 24. und 25. April die Arbeit, so daß an diesen Tagen außer einem zarentreuen Blatte keine Zeitungen dafelbst erscheinen konnten. Unterdessen kam der Massenmord am Lena in der Reichsduma zur Sprache. Der Minister des Innern behauptete, der Streik hätte politischen Zwecken gedient und sei durch Heber ent-facht worden. Das Vorgehen des Militärs müsse er vollständig billigen. Der Handelsminister wiederum meinte, gewisse Forderungen der Arbeiter seien unannehmbar; so der Mühlentag und die Befreiung der Streikfrage. Doch ver sprach er eine strenge Unter-suchung der Angelegenheit. Es wurde zum Hebeior das Reichs-ratsmitglied Manudjin ernannt, der in die sibirische Taiga reisen und die Klagen der Arbeiter nachprüfen sollte. Dieser Beschluß konnte jedoch den Gang der Ereignisse nicht mehr aufhalten, konnte die freie Parteinarbeit der Minister für die Unternehrer in den Dumaabatten nicht ungehindert machen. Die Minister-worte wirkten vielmehr wie Öl ins Feuer der Protestbewegung, und die Demonstrationstreiks griffen nach dem 24. April immer weiter um sich. In Odesa, Mita, Saratow, Zefaterinostlam, Elisabethgrad ruhten am 25., 26. und 27. April die wichtigsten Fabriken, Werkstätten und Dredereien. Am 29. April griff die Ausstandsbevegung nach Petersburg, wo bis zum 2. Mai nach amtlichen Angaben 120 000 Arbeiter in den verschiedenen Stadt-teilen nacheinander durch Arbeitstruhe gegen den begangenen Mord protestierten. Wie ein Lauffeuer ging der Proteststurm durch alle Provinzen des Zarenreiches — nicht nur die Haupt-städte Moskau, Nischni-Nowgorod, Kischinew, Wilna, Warschau, Lugansk, Tomsk, Cherson, Archangelk — auch die kleineren Orte wurden von ihm erfaßt. Am höchsten schlug die Woge der Empörung am 14. Mai, (dem 1. Mai des russischen Kalen-ders) an dem in den Hauptindustriorten eine halbe Million Arbeiter im Streik standen. In Petersburg allein waren es 200 000.

Diese prächtigen Solidaritätskundgebungen der russischen Arbeiter fanden überall den heftigsten Widerstand der herrschenden Gewalten. Zum erneuten Mithvergehen hatte jedoch die Re-gierung nicht den Mut. Sie schienen einzusehen, daß jede erneute Gewalttat weitere Hunderttausende auf die Beine bringen würde. Daher wirkte sie auch auf die Lenagoldgesellschaft ein, mit ihren Arbeitern Frieden zu schließen. Dem dort standen am 14. Mai die Vergleute noch immer im Streik — der ganze Unternehrer-terror mit seinen Ermittlungen, die Verhaftungen und Willkürteile des Sabelregiments, hatten die Kämpfer nicht wandern machen können. Auch der Hinweis auf die bevorstehende Untersuchung durch den Senator Manudjin machte die Arbeiter in der Ver-sechtung ihres Rechts nicht irren. Der Generalstreik, der einen Monat vorher die Gänder umgüllte, der Arbeiter für unannehmbar erklärte, bequämte sich jetzt an gelich der besten Fälle in der Strei-kenden selbst dazu, mit der Direktion der Lenagruben wegen dieser Forderungen zu unter-handeln! Die Vergleute hatten durch den Bezirksingenieur

Die Telegramme von Rom an die Verbände der katholischen Arbeitervereine und die Antwort des Papstes an den Vertreter des Berliner Verbandes...

Unsere Bewegung ist notwendig; sie wirkte bisher segensreich und wird weiter segensreich wirken. Wir geben sie deshalb nicht auf...

Den Herren aus der Umgebung des Papstes, die sich von den Verleumdungen lassen und dann selbst wieder falsch informieren...

Ebenso wie wir denkt der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften...

Nach das sind Schiffe „um die Ecke“, d. h. über Berlin nach Rom. Der Papst wird von Herrn seiner Umgebung...

Der evangelische Paradedirektor des Streikbrüchergewerkschafts Franz Behrens treibt seine Vogelsträuberei...

Die christlichen Gewerkschaften können nicht gemeint sein, weil sie keine Klassen, sondern lediglich unterchristliche Organisationen sind...

Der Vorstand des Streikbrüchergewerkschafts sollte seinen Generalsekretär doch besser informieren, damit er sich nicht andauernd so heillos blamiert. Jedesmal, wenn sich besonders drastisch zeigt...

Die „Unwissenheit“ Franz Behrens' überrascht darum niemand und erklärt sich aus sehr naheliegenden Gründen. Behrens würde in seinem Wahlkreis Wehlar-Mittenkirchen nicht einmal in Erscheinung kommen...

Die katholische und „christliche“ Arbeiterbewegung ist den ultramontanen Drahtziehern nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck der Förderung ultramontaner Machtgelenke. Daraus erklärt sich der Gewerkschaftsstreit im ultramontanen Parteifeld...

Unbekümmert um die Richtungsunterschiede der ultramontanen Drahtzieher, marschierte die freie Arbeiterbewegung unter dem Marschschritt vorwärts. Immer mehr sinken neben ihr die „christlichen“ Gewerkschaften zur Bedeutungslosigkeit herab...

„Darum war es meine Pflicht, gegen die öffentlichen Verunglimpfungen der Priester, religiöser Zeremonien in Spiesien, in meinem Dekanat, und die beleidigende Art und Weise, wie Herr Hüster mit dem Wörtchen unseres hochwürdigsten Herrn Bischofs über daselbst rechnet, öffentlich zu protestieren...“

Nach einem Bericht der „Sulzbacher Zeitung“ (Vorte des Sulzbachers), Nr. 273, lag „Sulzbach 1906 in einer Verfallung in Wildstod“.

Was den letzten Erlerer Bischof in der Gewerkschaftsfrage betrifft, wissen wir, daß er uns nicht sehr wohlwollend gegenübersteht. Ich wünsche, daß er nach 50 Jahre Bischof bleibt, aber er kann sterben, was dann, meine Herren der Berliner Fakultät? Wenn wir dann einen christlichen Bischof kriegen? Das ist nicht nur meine Überzeugung, sondern ich kann die bestimmte Versicherung dafür abgeben.“

Von den Berlinern wurde Hüster nachgefragt, daß er den Kaplan Dasbach einen „...vogel“ genannt habe, vom Bischof von Trier als „von dem alten Mann in Trier“ redete. Hüster war denn auch, wie er sagte, „bei den Paffen nicht gut angelegen“.

Hüster war im Saargebiet Obergeneral des Streikbrüchergewerkschafts und gab den Ton an. Danach läßt sich ermessen, wie es auch die Untergeneralen getrieben haben. Und diese Leute nennen sich dann die wahren, aufrichtigen Güter der kirchlichen Autorität; sie nennen sich „christlich“, obwohl ihr ganzes Verhalten und Auftreten das religiöse Empfinden aufs schwerste verfehlt.

Wie es mit der Achtung vor der kirchlichen Autorität bei den „christlichen“ Mataboren bestellt ist, zeigt der Brief Stegerwalds vom 17. Oktober 1908 an den Verleger der „Kölnischen Volksztg.“ Fr. Z. Wachen über eine Konferenz mit dem Bischof von Trier in Trier, wie hat er diesen Brief und die nachträgliche Erklärung Stegerwalds dazu in Nr. 50 der „Vergarbeiter-Ztg.“ vom 1911 veröffentlicht. Wie streng katholische Kreise über diesen Brief urteilten, zeigt folgende Stelle aus den in Trier erscheinenden „Betrübblättern“:

„Unnötig, viele Worte zu verlieren über diese anmaßende Sprache, die sich ein katholischer Arbeitersekretär gegenüber einem

hochverdienten Mitglied des deutschen Episkopats leistet! Diese Sprache ist pietätlos, ja unerhört... So bleibt es dem-trotz aller Erklärungen der Stegerwaldschen „Erklärung“ der der harten, unabweisbaren, skandalösen Tatsache: Der Stegerwald, der einen weit über die Grenzen seiner Diözese hochberechneten deutschen Kirchenfürsten als einen „erhöhten“, „wollenden“, „weissagenden“, „betrüblichen Panatier“ brandmarkt, den man am besten vorläufig „links liegen lassen“ müßte, findet kein Wort über die Bauern für seine unqualifizierbare Handlungsweise. Ebenjovend hat man ein Wort des Bedauerns von unserer führenden katholischen Presse!“

Die „Germania“, das führende Zentrumorgan, brachte in ihrer Ausgabe vom 19. Dezember 1911 den Brief und die nachträgliche Erklärung Stegerwalds und bemerkte dazu:

„Selbstverständlich ist dieser Brief kein objektiver Bericht über die 24stündige Unterredung. Doch darüber stehen und keine näheren Angaben zur Verfügung. Wogegen wir aber nachdrücklich Verwahrung einlegen müssen, das ist der respektvolle Ton, den Herr Stegerwald in seinem Brief einem katholischen Kirchenfürsten gegenüber sich herausnimmt. Die elementarste Kenntnis des Klerikalismus müßte einen Katholiken vor einer solchen Gerabsetzung eines Nachfolgers der Apostel bewahren. Der Brief Stegerwalds ist eine außerordentlich traurige und bedenkliche Erscheinung.“

Danach entbehrt der Christenobergeneral Stegerwald der elementarsten Kenntnis des Klerikalismus, die einen Katholiken vor einer solchen Gerabsetzung eines Nachfolgers der Apostel bewahrt.

Das Organ der katholischen Fachabteilungen „Sich Berlin“, der „Arbeiter“, schrieb über den Brief Stegerwalds in seiner Nummer 51 von 1911 u. a.:

„Die Charakteristik des hochwürdigsten Bischofs von Trier durch den Generaldirektor Stegerwald steht unter jeder Kritik. Daß Stegerwald dafür in seiner Erklärung auch nicht ein Wort der Entschuldigung fand, beweist, wie in führenden christlichen Gewerkschaften Bischöfe beurteilt werden, die fordern, daß sich die Gewerkschaften als solche, die für katholische Arbeiter geeignet sein sollen, gemäß den Grundsätzen der katholischen Kirche betätigen sollen.“

Ganz recht, der Brief Stegerwalds beweist, wie in führenden Kreisen der „christlichen“ Gewerkschaften über Bischöfe und Geistliche geurteilt wird. Dessenhalb spielen sich diese Kreise aber auf als die wahren, aufrichtigen Güter der kirchlichen Autorität. Ueber den Ton, den Stegerwald in dem Briefe gegen den Bischof anschlägt, schrieb selbst die im Köln-M. Gladbacher Jahrbuch folgende „Saxopy“ vom 7. Dezember 1911:

„Wir brauchen wohl nicht hinzuzufügen, daß wie die Tonart, die in dem Briefe gegen den hochw. Herrn Bischof angeschlagen wird, durchaus bedauernd.“

Stegerwald blieb aber trotz alledem Generalsekretär der „christlichen“ Gewerkschaften, weil die anderen nicht besser sind. Noch am 12. März 1912 gab dieser Mann in Köln eine prinzipielle Erklärung über den Standpunkt der „christlichen“ Gewerkschaften nach der religiösen Seite hin ab, die natürlich anders gehalten war, wie der Brief über Bischof von Trier. Dessenhalb seien die Gratzhüter der „christlichen“ Gewerkschaften nicht, was sie denken und auch aussprechen, wenn sie unter sich sind.

Wird der Papst nach alledem vor den Köln-M. Gladbachern und ihren Bundesgenossen aus dem Schwarzmachertage, die drohend ihre Stimme für die „christlichen“ Gewerkschaften erheben, zurückweichen? So bedauert z. B. die „Zeit“, das schälimste Schwarzmachertage, die Kundgebungen des Papstes im Interesse der „christlichen“ Gewerkschaften und erwidert die Regierung, in der gebotenen Form dagegen Einspruch zu erheben. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ stellt sich ebenfalls offen auf die Seite der „christlichen“ Gewerkschaften. Eine ähnliche Stellung nimmt auch die übrige Schwarzmacherpresse ein. Warum? Werden diese Kundgebungen in Rom Beachtung finden?

Wirtschaftliche Rundschau.

Geschäft der Patrioten.

Das Interesse mancher Unternehmungen an den Kriegsergebnissen und den unerlösten Missionen wird beleuchtet durch ihre Geschäftsergebnisse. So verteilten Dividenden in Prozent:

Table with 2 columns: Year (1910, 1911) and Dividend percentage for various companies like Vereinigte Altk.-Kattweiler Pulverfabriken, Sprengstoff A. G. Carlsberg, etc.

Die Dividenden wurden ausgeschüttet bei sehr hohen Abschreibungen und Minderungen. Das Geschäft blüht. Der kühnende Patriotismus macht sich für einzelne Leute famos bezahlt.

Wachsender Alkoholismus in Frankreich.

Unter der Überschrift: „Eine traurige Statistik“ schreibt die „Tribune“, das Organ des französischen Gemeindearbeiterverbandes: Die Statistik über den Alkoholverbrauch, die das Finanzministerium sieben veröffentlicht hat, bestätigt unglücklicherweise die Zunahme des Alkoholverbrauchs in unserem Lande. In den letzten Jahren wurde an reinem Alkohol verbracht: 1907: 1 280 408, 1908: 1 330 578, 1909: 1 342 006, 1910: 1 390 034 Hektoliter.

Am schlimmsten stellt sich die Zunahme des besonders gefährlichen Abstinenzverbrauchs: 1873: 6 713, 1884: 49 235, 1892: 120 670, 1901: 133 462, 1904: 207 930, 1905: 200 977 Hektoliter.

Table showing alcohol consumption in France by region (Nord, Süd) from 1870 to 1905, including columns for quantity and percentage.

Merkblatt für gesunde Wohnungen.

Von Professor Dr. Kraft, Dresden.

Die 15 Gebote für gesundes Wohnen.

- 1. Wo die Sonne nicht hinkommt, kommt der Arzt hin! Darum wähle nie eine sonnenlose Wohnung. Ohne Sonne kein Leben, ohne Sonne keine Gesundheit.
2. Wähle nie eine feuchte Wohnung; sie ist eine dauernde Brutstätte von Krankheiten.
3. Wohne nicht im tiefen Keller; da ist zu wenig frische Luft, zu wenig Licht und Sonne, zu leicht schädliche Rüche und Feuchtigkeit.
4. Wohne, zumal mit kleinen Kindern, nicht unmittelbar unterm Dach. Da ist es im Sommer selbst in den Nächten zu heiß, im Winter zu kalt.
5. Nehme im dauernd bewohnten Celar mindestens 10 Kubikmeter Luftraum auf jeden Bewohner. Weniger ist vom Uebel, mehr eine Wohlthat.
6. Biete dir ein Stück Land bei der Wohnung, laß es nicht aus. Gartenarbeit bringt Segen in die Küche, Gesundheit in den Körper.
7. In keinem Raum weilt du ununterbrochen so lange wie in der Schlafkammer. Darum wähle für sie den größten Raum, wenn er wenigstens Morgen- oder Abendsonne hat.
8. Nimm zum Aufenthalt deiner Kinder den sonnigsten Raum. Sonne ist zu ihrem Gedeihen unentbehrlich.
9. Stelle dein Bett nicht an eine Außenwand, zumal auf der Wind- und Schattenseite. Dort höst du dir einen üblen Rheumatismus.
10. Ohne Luft keine Atmung, ohne Atmung kein Leben. Darum ferne für gute Lüftung in deiner ganzen Wohnung, zumal auch im Schlafkammer.
11. Beim Kochen und Waschen entstehen Wasserdämpfe und üble Gerüche. Sorge durch Lüftung für deren Abzug, sonst wird die beste Wohnung feucht und muffig.

12. Vermeide unnötigen Staub, staubfangende rauhe Stoffe in der Wohnung. An Staubfängern haften able Gerüche und Krankheitserreger.

13. Warmwasser, Wärme und Kälte sind nächst der Sonne die besten Heilmittel. Halte damit die Wohnung rein, so hältst du dir und den Deinen Gesundheit fern.

14. Späre nicht an deiner Wohnung, spare für deine Wohnung; so lebst du weniger im Wirkhaus, mehr in der Sonne und deinem häuslichen Glück.

15. Schütze dich an eine gute Spar- und Baugenossenschaft an. Eigen Heim ist und bleibt Goldes wert!

Dieses Merkblatt hat nur einen Fehler, nämlich den, daß die überliegende Zahl der Arbeiter angeht, es zu befolgen.

Steigerung der Kosten der Nahrung.

Nach den Erhebungen, die in 100 deutschen Städten über den Stand der Preise für die wichtigsten Lebens- und Genussmittel vorgenommen worden sind, hat die „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“ neuerdings die Kosten des notwendigen Nahrungsquantums für eine aus Mann, Frau und zwei Kindern bestehende Familie berechnet. Die genannte Korrespondenz hat ihrer Berechnung die dreifache Veranschlagung eines deutschen Marinefeldzuges zugrunde gelegt. Es ergaben sich nach dieser Berechnungsmethode für den Reichsbürgerschnitt folgende Wochen-Summen: 1911: April 23,60, Mai 23,72, Juni 24,07, Juli 24,37, August 24,65, September 24,77, 1911/12: Oktober 24,88, November 24,84, Dezember 24,60, Januar 24,60, Februar 24,83, März 25,18, April 25,74 Mk.

Wie aus diesen Zahlen zu ersehen ist, sind die Kosten des wöchentlichen Nahrungsaufwandes für eine aus vier Personen bestehende Familie allein vom März zum April d. J. um 66 Pfennige gestiegen; im Vergleich zum Monat April 1911 ergibt sich eine Erhöhung der Haushaltungskosten um 1,94 Mk. pro Woche. Nach dem Stande der Lebensmittelpreise im April d. J. müßte, um einen Ausgleich gegen die enorme Preissteigerung zu schaffen, ein Mann, der Frau und zwei Kinder zu ernähren hat, rund 190 Mk. pro Jahr mehr für die Ernährung ausgeben, als im Jahr zuvor. So nun das Einkommen der großen Masse des Volkes seit Jahresfrist keineswegs um 100 Mark gewachsen ist — vielfach sogar eine Verminderung des Einkommens zu verzeichnen war —, wächst die unheimliche Inflation in der Lebenshaltung um Umfang und Wirkung. Die Volkskraft und Gesundheit wird weiter untergraben, die Not der bedürftigen Volksmasse abermals erheblich verschärft. Wenn auch, falls die Witterung nicht aufs neue alle Hoffnungen zuschanden macht, demnächst Wärme, Klarheit, Licht und ein wenig Besseres zu erwarten ist, so bleibt doch noch eine kaum zu ertragende Teuerung. Sind doch die Fleischpreise immer noch enorm hoch und zeigen gar keine Neigung, zurückzugehen. In der ersten Hälfte des Mai folgte ein Altschinken 1,77 Mark, gegen 1,64 Mk. im Jahre 1900, Kalbfleisch 1,00 Mk. gegen 1,75 Pf., Hammelfleisch 1,85 Mk. gegen 1,62 Pf. und Schweinefleisch 1,50 Mk. gegen 1,55 Pf. Was jetzt die bürgerliche Presse, wenn die Arbeiter bedürfen, einige Mark Lohnverhöhung durchzusetzen — und Regierung und bürgerliche Parteien unterstützen nach Kräften die agrarische Lebensmittelerhöhung.

Soziale Rechtspflege und Arbeiterversicherung.

Soziale Kosten.

Der Bergbauliche Verein bringt in seinem Jahresbericht für 1911 eine Zusammenstellung der Ausgaben für Versicherungszwecke in den Jahren 1907 bis 1911. Danach betragen (in 1000 Mark):

Table showing social costs for various insurance types (Krankenkasse, Altersversicherung, Unfallversicherung, etc.) from 1907 to 1911.

Der Gesamtumfang der Beiträge der Arbeiter und Unternehmer ist nach dem Bericht auf 100 Mk. Lohnsumme berechnet, von 11,08 Mk. im Jahre 1907 auf 14,75 Mk. in 1911 gestiegen; auf eine Tonne Förderung haben diese Ausgaben 63 Pf. in 1907 und 80 Pf. in 1911 betragen.

Der Bericht bespricht dann die Reichsversicherungsordnung und die Versicherung der Angestellten und stützt darauf folgenden Nachsatz aus:

„Gleichwie durch die Reichsversicherungsordnung, so werden auch durch die neueste sozialpolitische Schöpfung der Industrie weitere recht bedeutende finanzielle Opfer auferlegt. Wenn jedoch das Privatversicherungsrecht die erhoffte Wirkung hat, daß das gute Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Beamten — wie es zwischen Arbeitgeber und Arbeiter dank der Bülharbeit der Sozialdemokratie behauerlicherweise immer mehr im Schwünge begriffen ist — erhalten und gefördert wird, so erklären sich die Unternehmer, namentlich auch im wohlverstandenen Interesse ihrer Beamten, zur Übernahme auch dieser Lasten bereit. Es muß aber die bestimmte Erwartung ausgesprochen werden, daß nun endlich einmal Halt gemacht wird auf der Bahn der sozialpolitischen Gesetzgebung. Die Lasten sind bereits ins Unerträgliche gewachsen; wenn es in dem heutigen Tempo weiter geht, wenn die Last sozialpolitischer Maßnahmen nicht endlich für längere Zeit eingedämmt wird, so müssen die Schultern, die diese gewaltigen Lasten zu tragen haben, zusammenbrechen.“

Das ist alles dummes Zeug ohne jede sachliche Begründung. Unter der Herrschaft der untragbaren Lasten haben sich die deutsche Industrie und der deutsche Handel in viel stärkerem Maße entwickelt, als Industrie und Handel irgendeines anderen Industriestaates, England und Amerika nicht ausgenommen. Während die Klagen der Unternehmer stets auf die Konkurrenz Englands verweisen, das nach der Darstellung der Unternehmer frei ist von den sozialpolitischen Lasten der deutschen Industrie oder doch nur in geringstem Maße von ihnen betroffen wird, besteht doch Hebererinstimmung darüber, daß gerade Deutschland der englischen Industrie und dem englischen Handel in steigendem Maße Konkurrenz macht, und daß dies die wahre Grundlage der politischen Gegensätze zwischen England und Deutschland ist.

Und wie zur Selbstverpottung war erst vor wenigen Wochen in derselben „Börsen Zeitung“, die diese Klagen kritisch übernimmt, eine ebensolche Klage zu lesen, die ihr — Londoner Korrespondent als Spraxprobe der englischen Kapitalisten erhob. Da erklärten die englischen Kapitalisten, daß sie unter der Last der wachsenden Lohnforderungen der immer übermächtiger werdenden Gewerkschaften zusammenbrechen müßten. In ähnlicher Weise ist in der „Kölnischen Zeitung“ seit Jahren auch z. B. die australische Industrie unter der Last des sozialdemokratischen Terrorismus tot — gemurmelt worden.

Wenn danach die deutschen Unternehmer der englischen Konkurrenz erliegen müssen und die englischen Unternehmer der deutschen Konkurrenz, so gibt das ein fürchterliches Sterben — auf dem Theater. Inzwischen wuchern die Dividenden wie Pilze nach einem warmen Regen und die Kapitalgewinne, insbesondere im Bergbau, sind trotz der untragbaren Lasten unheimlich groß. Bei Gehörten, die 10, 15, 20 Prozent und zum Teil noch weit darüber betragen, hören sich doch diese Klagen im höchsten Grade lächerlich an.

Wenn auf 100 Mark Lohnsumme eine Gesamtbelastung von 14,75 Mark berechnet wird, so gibt das nach der angegebenen Verteilung der Gesamtbelastung zwischen Arbeiter und Unternehmer auf die Unternehmer allein etwa 8,05 Mk. Das heißt — unter der keineswegs unbedingt sichern Voraussetzung, daß die Unternehmerberechnung richtig ist — bedeuten die „unerträglichen Lasten“ so viel, als ob der Arbeitslohn um nicht ganz 9 Prozent höher wäre als er im Lohnkonto erscheint! Das ist alles. Und darum das Geschrei.

Und das wird in demselben Bericht erhoben, in dem festgestellt wird, daß Deutschlands Ausfuhr an Kohlen aus dem letzten Jahre wieder erheblich gewachsen ist bei gleichzeitigem Rückgang der Einfuhr, das heißt also, daß unsere Konkurrenzfähigkeit immer größer wird!

Aus dem Lager der Schwarz-Gelben. Gelbe Aufrufe.

Der Essener Korrespondent der „Süddeutschen Zeitung“ schreibt aus Essen:

Die Werkvereinsbewegung hat in den letzten Wochen in Westfalen und namentlich im Ruhrrevier ganz überraschende Fortschritte gemacht. Auf einer großen Reihe von Fabriken sind neue Werkvereine gegründet worden.

Der große Kampf im Ruhrrevier hat sich mancherorts bemerkbar gemacht, so mancher Bergknappe hat sich gewillig zum Soldaten gemacht und sich nun bitter enttäuscht.

Der Bergarbeiterstreik bietet den gelben Knechtsseelen die heiß ersehnte Gelegenheit, um ihre Firma wieder neu auszuladieren zu können.

Wertvolle Prügel.

Die Zentrumsatmosphäre der Köln-M. Gladbacher Richtung haben sich von dem ersten Schrey erholt, den ihnen die päpstlichen Kundgebungen zugefügt hatten.

Die katholischen Arbeitervereine des Kartellverbandes für West-, Süd- und Ostdeutschland, die den christlichen Gewerkschaften freundlich und überdies gegenüberstehen und stehen in Frankfurt a. M. ihren Klagen abgehalten haben.

Die Katholischen Arbeitervereine des Kartellverbandes für West-, Süd- und Ostdeutschland, die den christlichen Gewerkschaften freundlich und überdies gegenüberstehen und stehen in Frankfurt a. M. ihren Klagen abgehalten haben.

Noch nie ist das Oberhaupt der katholischen Kirche über Wesen und Charakter der christlichen Arbeiterbewegung Deutschlands schmähtlicher hintergangen und gelächelt worden, wie in dieser „Guldbüdingadresse“.

Die große Mehrzahl der Bevölkerung ist industriell. In fast keinem Bande der Welt ist die industrielle Entwicklung in den letzten Jahren in so schnellem Tempo vorangeschritten, wie in Deutschland.

Industrialisierte Arbeiterverbände wie in Deutschland. Dabei hat Deutschland die höchste Sozialdemokratie von allen Ländern der Welt.

Man ist aber die deutsche Bevölkerung konfessionell ansehnlich getrennt; selbst einzelne Industrieregionen mit einheitlicher Konfession der Arbeiter gibt es nicht.

Wir stehen vor Entwürfen, die den Wagon zur Mitleidigkeit bei einer leistungsfähigen wirtschaftlichen Fernverkehrsorganisation mit sich bringen.

Die christlichen Gewerkschaften sind lebendige Wirklichkeit. Sie haben eine Geschichte. Ihre Mitglieder haben für mehr als 30 Mill. Mark Beiträge geleistet.

Stettin, den 3. Juni 1913. Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften.

Wir registrieren die „Erklärung“ der M.-Glabbacher „Christen“ in ihrer ganzen Länge, weil uns die Kälte zwischen den edlen Brüdern aufrichtig Freude macht.

„Christliche“ Leichenwänder.

Die Verantwortlichkeit der sogenannten „Christen“ ist überall die gleiche — Lüge und Verleumdung sind allorts ihre traurigen Waffen.

Es ist begreiflich, wenn die österreichischen Arbeiter von dem Hierakalen Lügengebilde befreit sein wollen, das den Gegner noch im Tode verdrängt.

Die „Reichspost“, das Organ der Wiener Christlichsozialen, hatte die Behauptung von 300 Kronen ausgelegt für die Auffindung Silbererz.

In die Redaktion der „Reichspost“! Ich habe gestern um 8 Uhr abends das Geld, welches Sie für die Auffindung des Reichsbergsabgegebenen Silbererz ausgelegt haben.

Streikbrecher als Revolverhelden

Und den Bergarbeitern seine unbestimmte Erlaubnis. Mehrfach haben wir den Streikbrecher folgendermaßen bezeichnet müssen.

Wie langsam die Gehörde sein kann, wenn es sich um Ausschreitungen von Streikbrechern handelt, dafür wollen wir nur einen Fall anführen.

Die ultramontane „Sarpoti“ konstatiert in Nr. 180 vom 7. Juni erneut die absolute Zuverlässigkeit der „Christlichen“ Gewerkschaften für das Zentrum.

1. Von den katholischen Mitgliedern wirtschaftlicher Organisationen wird erwartet, daß sie etwaigen Versuchen, den Einfluss der katholischen Kirche auf das gesamte religiös-sittliche Gebiet im Leben der Katholiken zu schwächen, mit ruhiger Entschlossenheit und offener Kundgebung kirchlich treuer Gesinnung entgegenzutreten.

Aus dem Kreise der Kameraden. Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Wodurch erhält eine Gewerkschaft parteipolitischen Charakter?

Auf diese Frage gibt die ultramontane „Essener Volkszeitung“ vom 7. Juni folgende verblüffend einfache Antwort: „Der Buchdruckerverband gibt vor, politisch neutral zu sein.“

Das ist ja reizend! Also wenn ein Sozialdemokrat einen Vortrag hält, dann ist damit der betr. Verein zu einem sozialdemokratischen gestempelt.

Ich habe gestern um 8 Uhr abends das Geld, welches Sie für die Auffindung des Reichsbergsabgegebenen Silbererz ausgelegt haben, vom Gemeindencam 11 M erhalten, und zwar dreihundert Kronen.

